

Weshen wir das Abkommen preis, gleicht das einer verlorenen politischen Schlacht.

Disjunktion über das Referat Franke fand nicht statt. Der Antrag, das getroffene Abkommen zu billigen, wurde unter großen Beifall einstimmig angenommen. Das Referat Franke soll als Protokolle erscheinen. Der Landesvorstand wird das Zentralwahlkomitee bilden.

Aus dem Geschäftsbereich des Vorsitzenden der Landesorganisation geht es hervor, dass die Aufhebung des Abkommens als notwendig und unabweisbar betrachtet werden muss. Die Sozialdemokratie hat sich mit diesen Verbindungen nicht im Einklang finden können. Ferner wurde ein Antrag angenommen, monach Kandidaten zu Gemeinderäten in der Regel ein Jahr, Kandidaten für Land- und Reichstagswahlen drei Jahre Parteimitglieder sein müssen.

Einen Großklub fürs Reich und für Preußen sieht als Folge des badischen Abkommens bereits die Frankfurter Zeitung voraus. Das Blatt schreibt:

Als Abwehr und Schutz ist der Großklub entstanden, aber er hat sich durchaus nicht auf die Negation beschränkt, sondern reichlich und unermüdlich positive Arbeit geleistet. Und dadurch war er nicht nur für Baden von Bedeutung, sondern für Deutschland überhaupt. Die Entstehung der Sozialdemokratie vor praktischen politischen Arbeit ist ohne Zweifel in Baden am besten gebildet, sie wirkt aber nach badischen Landtag aus auch in den Reichstagskammern. Wenn die Sozialdemokratie heute in der Reichstagskammer eine mehr oder weniger wirksame Unternehmung hat, wenn sie sich dort von Phantasiegebilden abwendet und mit beiden Füßen den realen Boden der Tatsachen betritt, um auch im Reich mit den liberalen Parteien ihren Einfluss zu gewinnen, um die möglichen Gegenwartsfragen einzuleiten, so verdankt sie das nicht nur wenigstens dem lehrreichen badischen Vorbild. Es ist notwendig, das zu betonen, um die Phantasie aller Richtungen zum Nachdenken zu veranlassen. Denn wir stehen hier am Anfang einer Entwicklung, die sich bei den Reichstags- und den preussischen Landtagswahlen erkennen ließ, deren konsequente Weiterbildung hier aber ebenfalls notwendig ist wie jene in Baden. Gewiss erscheint ein Großklub in Preußen heute noch in weitem Maße, ebenso wie die preussische Sozialdemokratie noch nach allem Schema jeden Agitationsorgans über den realen Fortschritt steht. Das aber eine befriedigende Lösung der preussischen Wahlrechtsfrage und sogar eine umfassende Wahlrechtsreformung ein Zusammengehen der Linken nach badischer Art zur Voraussetzung hat, das haben die letzten Wahlen für jeden Sehenden wieder klar deutlich gemacht. Wie anders hätte sich hier das Wahlbild gestaltet, wäre man der Vorurteile und Hemmnisse, die einem solchen Zusammengehen entgegenstehen, Herr geworden! Wenn das unbestreitbar ist, dann muß eben daran gearbeitet werden, die erwähnten Hindernisse für die Zukunft zu beseitigen. Das ist die eigentliche Aufgabe, die den politischen Intelligenzen aus der jetzigen Situation erwächst!

Wir sind neugierig, wie die „politischen Intelligenzen“ nun an den preussischen Reichstagswahlen und Nationalparlamentarier arbeiten werden. Vor allem aber, welchen Erfolg sie bei diesen liberalen Herrschaften im Reichs- und Landtage haben werden...

Die Hege gegen Hauptmann.

Laminarartig schwillt die Entrüstung und Protestbewegung gegen das Verbot des Breslauer Jahrbuchbeitritts von Gerhard Hauptmann an. Untere Parteigenossen in Breslau ließen eine Protestversammlung ab, die eine gewaltige Kundgebung gegen Minderheit, Personalismus und Selbstneigung wurde. Montag haben in Berlin die Dichter und Künstler in der Wilhelmstraße protestiert. Zahlreiche literarische und politische Versammlungen fanden an der Dichter Hauptmann fortgesetzt Kundgebungen, in denen sich die Entrüstung über den ebenfalls über die gemaltären Streich der Justiz und literarischen Oberparatien ausdrückt. Inzwischen durch diese Kundgebungen beginnt Gerhard Hauptmann selbst aus der bisherigen Zurückhaltung hervorzutreten und sich klar gegen die Urheber der Breslauer Jubiläumsschande zu wenden. Hauptmann sandte dem Gesellschaft folgenden Telegramm:

Am Abend, 21. Juni. Verehrte Herren! Ich danke aufrichtig für Ihren Bescheid, durch den auch Sie an die Seite des gemäßigten deutschen Geistes treten. Ich bin glücklich, daß der Versuch, eine selbstherrliche, erdgewachsene Vaterlandsliebe zu verdrängen, nun doch elementare Zurückweisung findet. Jetzt aber nach Breslau zu kommen, wo mich im Verzei meiner eigenen Heimat der widerliche Stuch feiger, schleichender und schneidender Denunziationen tödlich vernichten sollte, kann ich mich nicht entschließen, trotzdem ich weiß und täglich dankbar erfahre, daß in Breslau die Aufrechten, Gedächtnis und Achtung gebietenden Geister noch immer die erdrückende Mehrheit bilden. Ganz ergebenst Gerhard Hauptmann.

Wie auf Kommando fallen alle „patriotischen“ und „nationalen“ Wähler über Hauptmann her. Den Vogel schießt wohl die Zeit, Mundschau ab, die den Dichter fürzerhand für „geistesverdorrt“ erklärt. Sie schreibt: Die beflaggenste Geistesverfassung Hauptmanns, von der das Jahrbuchbeitritts ein betrübliches und medizinisch einwandfreies Zeugnis ablegt, hat unter dem Einfluß der freisinnigen Lampen, die vollends lebendig geworden ist, ein weiteres Stadium erreicht. Wir fürchteten diesen Zusammenbruch seit langem, er ist jetzt erreicht, völlig. Nachbater sollten sich allein mit dem vielleicht interessanten Fall abgeben. Hauptmann verweigert um sich herum. Dann wird das obige Antworttelegramm als wiedergegeben. Hieran schließt das Blatt folgende Schlussbemerkung: „Es ist zu Ende. Hier beginnt Verfolgungswahn. Es ist die Sprache und der Ton, den jeder gekulte Mediziner kennt. Somit haben es die mittellose Schreier mit Hauptmann gemacht, die mit fünfzig Jahren geistig ausgezehrt sind, dem Dichter vor die Füße zu treten. Das haben, den die Gelegenheit billig nicht, nicht von dem mittelstrebenden „Anblick.“ — Das ist wohl der Gipfel der echt nationalen und patriotischen Gemeinheit!

Deutsches Reich.

Die rüstungslosen Nationalliberalen. Aus Berlin wird gemeldet: Bei der dritten Beratung der Verordnungsliste soll von den Nationalliberalen der Antrag zur Bewilligung der gestrichelten drei Kanonenartillerieregimenter gestellt werden. Verschiedene Mitglieder bringen Artikel, in denen „hervorragende Sachverständige“ noch einmal für die langjährigen Truppen eintriften. Selbstverständlich!

Verteuerung der Buchmacher. Nach einer Meldung der Scherpreß soll dem Reichstage am Herbst ein Gesetzentwurf über die Verteuerung der Buchmacher zugehen. Das Blatt bemerkt zu seiner Meldung, daß ein solches Gesetz auf die Konzentrierung des Buchmachergewerbes hinauslaufen würde.

Anerkennung sozialdemokratischer Kommunalämter. In Solingen verlor dieser Tage Genosse Karl Müller, der seit Anfang April dem Reichstage angehört, den Sitz, den er gehörte. Wie erliche und unbefangene Männer die sozialdemokratische Tätigkeit in den Gemeinden zu würdigen wissen, zeigt der Nachruf, den der Oberbürgermeister, die Abgeordneten und Stadtvorstand der Stadt Solingen unter dem Genossen Müller gemeldet haben. Es heißt darin:

Müller war ein fleißiger und großer Sachverständiger bei der Arbeit an den Reichstagen und Reichstagen. Er war ein sozialdemokratischer Arbeiter und seine Kraft hat es gern und freudig in den Dienst der Gemeinde gestellt. Der Müller war ein ehrenhafter Charakter, der sich allgemeiner Achtung erfreute. Dem Verstorbenen werden wir stets ein ehrenvolles Gedenken bewahren.

Frankreich.

Der Kampf gegen die dreijährige Dienstzeit. Die französische Deputiertenkammer teilt am 18. Juni die Beratung der Vorlage über die Verlängerung der militärischen Dienstzeit fort. Der Sozialist Briquet verteidigte einen Gesetzentwurf, der eine aktive militärische Dienstzeit von zwanzig Monaten festsetzen will. Briquet hielt dann unter dem Beifall der äußeren Linken eine Rede auf die zweijährige Dienstzeit.

Mitral warf der Regierung vor, durch Einbringung ihres Gesetzes die deutschen Beschlüsse bekräftigt zu haben. Widerspruch im Zentrum und auf der Linken. Beifall auf der äußeren Linken.

Ben Linken. Kriegsmittler Etienne und Ministpräsident Barthou protestierten gegen diese Verlängerung (Mitral).

Jaure's rief von seinem Platz aus: Zur gleichen Zeit unternehmen die Chauvinisten und Militaristen diesseits und jenseits der Grenze baselnde abscheuliche Verleumdungen und Verleumdungen, die den Frieden wollen. Die Mitral, wie Liebknecht, erklärte ich, daß, wenn an diesen Stimmungen nur eine Spur von Wirklichkeit vorhanden ist, so ist es die Existenz einer ganzen Organisation zur Verurteilung einer einmündigen Beschlüsse. (Beifall auf der äußeren Linken, lebhafter Widerspruch auf zahlreichen Banken.)

Mitral nahm darauf seine Anklage wieder auf, die er beendete, indem er für den Gegenentwurf Briquet eintrat. Der Gegenentwurf Briquet wurde darauf mit 303 gegen 70 Stimmen abgelehnt.

Angagnon verteidigte ein Gegenprojekt, das von fünfzig Deputierten der Linken unterzeichnet ist und die zweijährige Dienstzeit mit zwei Einrückungen Mitte April und Mitte Oktober aufrecht erhält. Er sagte er gebe nicht zu, daß man sich in Geheimnisse hülle, nur um seine Verleumdung der Notwendigkeit der dreijährigen Dienstzeit zu geben. Er sei nicht ein „widerlicher Stuch“ es habe die Kommanden auf eine Stärke von hunderttausend Mann zu bringen. Der Kriegsmittler antwortete, das geschähe deshalb, weil es auch anderswo geschehe. Angagnon erwiderte, das sei kein Grund. Er erklärte schließlich, man fände die nationale Verteidigung im ganzen um 42.280 Mann zu stärken, und dazu genüge es, das Gesetz über die zweijährige Dienstzeit zu verbessern. Die Sitzung wurde darauf vertagt.

Rußland.

In den Klauen des Jariismus. Wie aus Odessa berichtet wird, ist der Redakteur des Organs der russischen Exulanten, Wozjak, Genosse Adamowitsch, der befanntlich in Alexandria verhaftet und von der ägyptisch-englischen Regierung ausgeliefert wurde, unter Beobachtung der strengsten Vorkehrungen am 17. dieses Monats nach Odessa gebracht worden. Zugleich mit ihm sind auch Maslow und Teresh nach Odessa gebracht worden. Alle im Sande und in der Nacht an der Ostsee der Odessaer Detektivabteilung und eine harte Begleitmannschaft nach Odessa gefahren in Alexandrien in Empfang; das Schiff Nikolow, das zum Transport diente, wurde von Konstantinopel bis Odessa von zwei Minenschniffen begleitet. Der Odessaer Hafen war zur Zeit der Ankunft von Polizei überfüllt. — Besonders bemerkenswert ist die Nachricht, daß die im Ausland ausgelieferten an Händen und Füßen gefesselt nach Odessa geschafft wurden. Kurz vor der Auslieferung hatte sich Adamowitsch bei einem jugendlichen Richter aus dem Gefängnis einen Fuß verstaucht und litt so heftige Schmerzen, daß er sich nicht fortbewegen konnte. Dies hinderte die russischen Verleumdungen nicht, dem an das Lager gefesselten Kranken eiserne Ketten anzulegen und ihn so nach Ausland zu transportieren. Die Verantwortung für diese neue Barbarei trägt die englische Regierung, im besonderen Lord Alderson, der zwar bei der Nachricht, Adamowitsch sei nach seinem Richter verurteilt worden, alles aufbot, um die Nachricht zu dementieren, es aber nicht verhindern, daß ein Schmerztanker an Händen und Füßen gefesselt ausgeliefert wurde.

Maroffo.

Ein „Dieb“ der Spanier. Eine antike Denkmals des Oberkommissars von Tetuan enthält die Reliquie, daß eine Skulptur in das Gebiet von Maroffo an sich gehandelt ist, wo zahlreiche Skulpturen sich zusammengekauert hatten; dort entrannte ein heftiger Kampf, in welchem die Spanier „siegreich“ blieben. Sie verloren zwei Tote und 35 Verwundete, darunter einige Offiziere; die Eingeborenen wurden „vernichtet“.

Balkanstaaten.

Die neue Balkanlinie ist ihrer Natur nach keinen Schritt näher gekommen. Richtig, daß durch die Rücktritt des serbischen Ministeriums irgendeine Entscheidung herbeigeführt wird. Der Rücktritt ist erfolgt, weil sich das Kabinett über die gegenüber der russischen Schiedsgerichtsbarkeit

Patrioten über Dir!

Der jense, moralische Niedergang, die Verwilderung auf der ganzen Linie ist Folge des Mangels an Religion! Hebräer keine entlocken sich nicht, die jüdischen Grundlagen angreifen, auf denen das Volkseubade ruht. Aber, Gott sei Dank, wir sind jossajagen toujours en

Kantsvorhörer v. Wehrhahn in Hauptmanns Aker Dahn.

So mußte es kommen, und das ist das Jubiläumsummels geteuerter Schluss; noch steht das lokale deutsche Bürgertum am Akinstein und schreit solange aus Verleisträften Hurra, als auf dem Nachraum noch ein Verdenkel der Kaiserlichen Eskorte dampft, und schon erhält dieses lokale deutsche Bürgertum einen Aufschub in den zum Hurra weit geöffneten Mund, daß ihm die Zähne madeln.

Denn um nicht anderes handelt, es sich bei der Vergealligung des Hauptmanns Jubiläums in Breslau, als um einen brutalen jüdischen Aufschub in die Zähne jüt des brauen Bürgertums, das hochgemittelt und blindlings alles mitzulernen entlassen hat, das Jahr 1813 so gut wie Kristallnen-Hochzeiten aus Wergungstunnen. Aber dieses Bürgertum soll eben nur das gefällige Später am Akinstein abgeben — so will es die feudale Spitze. Wenn es, jett nur zum Hurra die Sinnabden aufzuziehen, einmal aus Eigenem ein Wortchen zu sagen sich getraut und sei es auch durch den Mund eines Dichters wie Gerhart Hauptmann, flugs erhält es einen heftigen Schlag in sein Schicksal und Grundgemüde. Der Patriotismus von 1813 hat das Bürgertum Gut und Blut für des Vaterlandes Freiheit eingesetzt. Der Patriotismus von 1913 will von dem Bürgertum, jett es nicht uniformiert und dekoriert ist, nichts wissen. Patriot ist das klingelnde Bummum und Ländingabund der Nachparade, patriotisch ist der besessene Bundeslang bei Regenerveranlässen, patriotisch ist der wehende Ruf der Verleugers auf der dahintrollenden Hofstille Serenissima. Aus dem Wege, bürgerliche Kanaille!

Als einen positiven Dolmetscher dieser bürgerlichen Kanaille hat man an der „mögenden Stellen“ Gerhart Hauptmann richtig eingesetzt. Er hat die Bürgerschaft der Breslauer, die stanzten, diesen Demantier mit der Abfassung des Jubiläums zu betrauen, es war ein Mißgriff und ein weit bedenklicher des Dichters, den Auftrag nicht fuzerhand abzulehnen. Hier gehörte Joseph Lauff, pardon! Herr v. Lauff, vor die Front! Der hätte die Gade gemacht, jett nach der Kriegserklärung, mit ihm Trau und Schwedderung, mit viel Bummum und Hurra, und zum Schluss waren in Schwarzweizerer benahigter Alendung sämtliche Hohensollern erschienen, die Siegesallee als lebendes Bild — das Jubiläum sang lebend „Gott sei im Siegertranz!“ Aber Gerhart

Hauptmann war ein Mißgriff. Er konnte nun einmal nicht den rechten Ton treffen, selbst wenn er in die Schreihäufchen, in der Schale als Stimulant, taule Kessel zu kochen pflegte. Obererger Hauptmann und fonsalen Verdrängen Aufklappen gelegt hätte — zur Erzeugung des vorchriftsmäßigen Kommissarades, der jeder Kommissare so berauschend in die Nase schießt. Er traf den Ton nicht, und der Unmut der Patrioten waltete auf. Die Kriegerebene rüden geschloßen, mit freierlich geschuldetem Regemüde, an das schillernde Jubiläum, aus ganz anderen fonsalen Verdrängen behelbend, hätte eine gefällige Entrüstung daher, der Auckthof Kopp schwang den Weisewind, der Kronprinz den Süarensabel — Patrioten über dir, Voel! Und da war denn keine Rettung mehr.

Den Dichter trifft dieses Schidial verdammt und unverschämte. Vorliches Herde ist es, als wollten wir hier für einen sozialdemokratischen Dichter eine Lanze ziehen. Ein sozialdemokratischer Demantier ist Gerhart Hauptmann nie gewesen und hat es nie sein wollen, sondern auch in seinen besten Tagen hat er die Dinge nur mit kleinbürgerlicher Realist betrachtet und behandelt. Aber namentlich, weil in den Weiden gehelbtes Feuer aufblühte, erkliden er den Staatsstern vom Schlang des Volkseigentums Beschahn als haarspaltig. Die Gatten und Sorgenlos sterteten, das Weiberdama wurde von Verboten erreit, der Volkseigentümer v. Acker bonierte im Dreißigstparlament gegen den Umstürzer und der gute Onkel Chloiwia Sohenlohe schrieb am 14. Dezember 1893 die fasslichen Worte in sein Tagebuch:

Seute abend im Sammel, ein gräßliches Wadner, sozialdemokratisch realistisch, dabei von fasslicher, fonsamentaler Wühl, unheimlich, nerenanngreifend, überchaupt schicklich. Wir gingen nachher zu Borchardt, um uns durch Champagner und Sabier wieder in eine menschliche Stimmung zu versetzen.

Aber gegen die bösen Werke Hauptmanns brauchen die Dichter auf der anderen Seite der Barriere nicht mehr Geth und Sabier als Gegenpart anzuwenden. Er stolperte in Wühl und Bombst hinein, wurde zum und zum, schwach und schwächer, und als er mit viel gepreister Würde seinen funktionslosen Bestirrtat feiern ließ, war er reif geworden für die Auckthof und das schillernde Jubiläum. Ein fonsamentaler Wühl, unheimlich, nerenanngreifend, überchaupt schicklich. Wir gingen nachher zu Borchardt, um uns durch Champagner und Sabier wieder in eine menschliche Stimmung zu versetzen.

Aber verlegen die Antropologen von 1813 nichtig sein

Geit von 1813? Den, der die Volkswaffen hin, sicherlich! Aber die das Habereitreiben gegen Hauptmann erschöpfen, haben schon damals ihre eigenen gehabt. Eine Erwählung des Berliner Volkseigentums von v. C. Co an die Berliner Redakteur verlangt von ihrer Tätigkeit die Bedingung patriotischer, preussischer Gesinnung, des Gehorsams, des Vertrauens und der Liebe für den König, der Ehrfurcht gegen das Gesetz und die beliebige Verfassung und den Auktion gegen die Obrigkeit. Die Hauptpflicht der Redakteure ist die Gehorsamkeit und die Achtung gegen die Souveränität des künftigen Willens, Enthaltung von lauten Tadeln an Maßregeln der Regierung, vor allem aber bedenkliches Verlegen eigenen Urteils. Datum dieser Verordnung: 25. September 1813. Sie sind sich, wie man sieht, von damals bis auf diesen Tag gleich geblieben. Die Polizeijurist und die Kommissare teilen! Aber zwischen 1813 und 1913 liegen hundert Jahre Entwicklung, und heute ist es eine brennende Schand, daß der Antikur der Kriegereigentümer den Mann mundtot machen kann, der, trotz all der unheilvollen Mängel seines Jubiläums und trotz all der ihm widrigen Stellen seines Lebenswertes, doch ein echter Dichter ist, der so oft seinen Bewegt und kirgerien hat und der für die ganze zivilisierte Welt mehr den deutschen Geist verteilte, als Kronprinz und Friedrichsof und familiäre schlesischen Feudalherren und Kriegereigentümer zusammengekommen!

Aber das mißhandelte Bürgertum reagiert doch kräftig? „Das Volk liebt auf, der Sturm bricht los“ — so 1913 wie 1813, als das Bürgertum? Ja, Kunden! Das Bürgertum selbst hat ja, als der Kronprinz die Krone ansetzte, als der Friedrichsof den Kopf schüttelte, als die schlesischen Junker wurden, als die Kriegereigentümer die Regenspitzen stulzten, den, Dichter mundtot gemacht. Statt zu erklären: Kronprinz, wir danken für den Protektorat, wenn du nicht mehr willst, statt zu sagen: Für schlesischen Junker, jett unterwegens rubig die vertroteten Säbel und die muttergerissenen Fehlsäuler unter ihnen, auf der Ausstellung gerückt, wenn du nicht mehr willst, statt eben lech der Registrator der Stadt Breslau dem Dichter den Stuhl vor die Füße, und es herrscht nur ein wenig Nummer darüber, daß es sich ja nur mehr um vier Korrellungen gehandelt habe, nur mehr um vier, und die hätte man doch noch rubig haltfinden lassen können. Und wie lobt sich das Bürgertum in seiner Gemalt auf? Wird die Breslauer Ausstellung polioffiziert? Demonstriert Refikns akademische Jugend, die zu des Dichters fünfzigsten Geburtstag in vollem künftigen Wils paradierte? Das Bürgertum, wo bleibt das Bürgertum?

Das Bürgertum liegt gebüht am Akinstein und reißt die Galle nach rechts und reißt die Galle nach links, und sobald der wehende Federbusch des Verleugers auf Serenissima Hofstille auftaucht, zum Hurra den Mund zu öffnen, in dem ihm noch die Zähne madeln.

(Wohnungsgabe des Kommissars)

zunehmende Haltung nicht einigen konnte. Der Antrag des Ministerpräsidenten Bogdanoff, den Vertrag auszusprechen, sei von der Mehrzahl der Minister abgelehnt worden. Wie der Neuen Freien Presse aus Belgrad mitgeteilt wird, lehnt namentlich der Kriegsminister Stojanovic die Verantwortung für die Politik der Regierung ab und verlangt, daß kategorische Maßnahmen gegen Bulgarien ergriffen werden. Insbesondere schlägt er ein Ultimatum an Bulgarien vor. Den Kriegsminister unterstützen noch die Minister Stojanovic und Politovic.

In London hat die Nachricht von der neuerlichen Demission des serbischen Ministerpräsidenten Rafisch seinen guten Eindruck gemacht; man erblidet hierin ein Symptom für die überaus ernste Lage und vertritt die Ansicht, daß man jetzt vor einer der wichtigsten Entscheidungen stehe, die je auf dem Balkan gefallen sind. — In den Kreisen der Wiener Balkandiplomatie herrscht die Ansicht vor, daß die europäischen Großmächte einen Druck auf die Balkanstaaten ausüben werden. Wie der Neuen Freien Presse aus London gemeldet wird, ist Bulgarien seit Entschloßen, die Lösung der Krise zu beschleunigen. — Die bulgarischen Truppentransporte in Mazedonien dauern fort. Die Serben ziehen sich hinter besetzte Stellungen am Warbassluje zurück.

Sofia, 24. Juni. Mit jetzt zur Demission des serbischen Ministerpräsidenten, die sich anscheinend auf eine Verschiebung der Entscheidung hin, Serbien müsse sogleich zwischen der Anerkennung des Vertrages oder dem Abbruch desselben, denn heute seien nicht mehr Tage, sondern Stunden zählen.

Russische Vermittlungsversuche.

Sofia, 24. Juni. Der russische Gesandte wurde gestern vom König in Audienz empfangen. Der Gesandte habe dringend geraten, die bulgarische Regierung möge noch einige Tage warten, weil Aussicht vorhanden sei, daß Serbien in nächster Zeit die Anerkennung des Vertrages und zur Annahme des Schiedsgerichts auf Grund des Vertrages bewegen würde.

Die Mörder Mahmud Scheffetz zum Tode verurteilt. Konstantinopel, 23. Juni. Die vom Kriegsgericht gefällte Todesurteil ist bisher vom Sultan nicht bestätigt worden. Unter den zum Tode Verurteilten befindet sich auch Damad Salih Pascha. — In einem an den Militär-gouverneur gerichteten Schreiben stellt Prinz Sabah Eddin in Abrede, daß er Beziehungen zu den Mördern Mahmud Scheffetz Paschas gehabt habe. Er gibt jedoch zu, daß diese von ihm Geld verlangt haben.

Aus der Partei.

Landesversammlung der sächsischen Sozialdemokratie.

Frauen, 22. Juni 1913.

Im Gewerkschaftsausschusse, dem eigenen Heim der Arbeiter Frauen, wurde am Sonntag nachmittag der Parteitag der sächsischen Sozialdemokratie eröffnet. Vom Vorsitzenden wählte die Landesversammlung die Genossen Lipinski-Leipzig und Schmirch-Frauen.

Nur den Landesvorstand gibt Gen. Cindermann den Bericht über die Parteitätigkeit im letzten Geschäftsjahr. Der Redner bedauert dabei die kleinliche Voreiligkeit, die zeitweise in der Parteipresse sich kundgegeben hat, und die oft sehr persönlich wurde und in Gefährdung des Parteiehrer stand. Zum Schluß dankt der Redner den verehrten Genossen, wobei er insbesondere die Genossen August Kuhn dankt, der nicht nur lange Jahre sächsischer Reichstagsabgeordneter war, sondern auch viele Parteitage Sachdienliches geleistet hat. Die Landesversammlung beschließt einstimmig, der Familie Kuhn die herzlichste Teilnahme auszusprechen.

Den Kassenbericht gibt Gen. Braune, der dabei auf die Organisation, insbesondere auf die Mitgliederbewegung eingeht. In den letzten neun Monaten ist die Zahl der Mitglieder von 149 325 auf 157 913 gestiegen, darunter befinden sich 21 168 Frauen, deren Zahl um 3126 gestiegen ist. Die jährliche Mitgliederzahl hat der 13. Wahlkreis Leipzig-Land, nämlich 33 941. Inner der 23 Wahlkreise weist eine Mitgliederzahl unter 1500 auf. In allen Kreisen ist ein gut funktionierendes Eintauscherwesen in Anwendung. Dies hatte den Erfolg, daß in den neun Monaten bedeutend mehr an Mitgliederbeiträgen vereinnahmt wurden, als im vollen Geschäftsjahr 1911-12. Die Gesamtsumme betrug 725 399,98 Mark. Davon entfallen auf Mitgliedsbeiträge 521 019,70 Mark. Hiervon erhielt der Parteivorstand 110 637,05 Mark, und die vier Bezirksverbände 50 998,50 Mark. Für Gemeinderatswahlen wurden 23 109,46 Mark, und für allgemeine Agitation 169 837 Mark verausgabt.

Die Zunahme der Abonnenten der Parteipresse war nur eine minimale, sie betrug 4480. Die gesamte Parteipresse Sachdienlich hat 219 364 Abonnenten. — Gut abgelesen hat die Partei bei den Stadterordneten und Gemeinderatswahlen; sie brachten in diesem Jahre einen Gewinn von 352 Mandaten. Die Partei zählt gegenwärtig in 82 Städten 305 Stadterordnete und in 569 Landgemeinden 2064 Gemeinderatsmitglieder, außerdem zwei Stadtadlige und vier Gemeindevorsteher.

Die Monatsagitation beginnt mit einer Begrüßungsansprache des Gen. Rosenbücher, der den Parteivorstand vertritt. Gen. Wolfenbutter begrüßt die sächsische Partei als die Vorhut der Arbeiterbewegung und verheißt sich dann über die politische Lage, die der Sozialdemokratie außerordentlich günstig sei. Zwar werde die Militärvorlage angenommen werden und es werde auch im nächsten Jahre eine Marinevorlage folgen, aber diese Politik treibe um so rascher zum Bankrot, und die Sozialdemokratie werde dann der Kontinentalerwartung der alten Gesellschaft sein.

Dann trat die Landesversammlung in die Diskussion des Geschäftsberichts und der dazu vorliegenden Anträge ein. Der Antrag auf Anstellung von Beiräten in den ländlichen Orten wurde dem Landesvorstand zur Verächtigung überwiesen. Mit großer Mehrheit wurde dann der Antrag an-

genommen, einen Landessekretär angustellen. Alle übrigen Anträge wurden abgelehnt.

Gen. Dammann berichtet, daß 95 Delegierte auf dem Parteitag anwesend sind, darunter 13 weibliche. Außerdem sind anwesend: 18 Landtagsabgeordnete, 2 Reichstagsabgeordnete, 1 Vertreter des Parteivorstandes, sowie sämtliche Mitglieder des Landesverbandes und der Bezirkskomitees; insgesamt 186 Anwesende.

Den Bericht der Landtagsfraktion gab Gen. Hlbig aus Bittau. Die Tätigkeit des Landtages sei heute verwickelter als in früheren Jahren, weil jetzt jede der eintägigen Verbindungen, die Konventionen und die Nationalitäten, darum zwingen, an erster Stelle stehen zu können. In dem hochentwickelten Antriebskräfte haben heute eine starke agrarische Politik, bei der Antipathie über die Regierung, beim Jagdgesetz usw. Stellen gab es eine Geseltheit, wo die Nationalisten liberalen ihre Grundzüge nicht verleugnet haben, und die Konventionen trüben häufig die Willkürberechnungen im Interesse des Kapitals. Bei der Schulreform habe die Sozialdemokratie keine positiven Erfolge erreichen können, obwohl die bürgerlichen Parteien, ja selbst die Christe, anerkanntem mühen, daß die von uns gestellten Anträge gerecht waren, und geeignet gemein seien, die Gemeinden zu entlasten. Das Verhalten der Reaktionen war zweifellos, die Schule zu einem Wechtmittel der herrschenden Klassen zu machen. Unserem Vorgehen ist es zu danken, daß die Wille der Reaktionen, das Koalitionsschicksal zu befechten, nicht durchgekommen ist. Konventionen und Nationalisten haben sich einig, daß keine Verbesserung des Arbeiterstandes stattfinden dürfe. Unter Verstreuen ist es gelungen, für die Demokratisierung der gemeinlichen und haarklichen Einrichtungen zu sorgen, weil damit der Allgemeinheit dienen. Am Schluß seiner Ausführungen geht Gen. Hlbig auf den Wortwurf ein, der in letzter Zeit in der Presse erhoben wurde, daß es der Fraktion im Landtage an übertragenden Kopfen gefehlt habe. In profissionellen Fragen werde man der Fraktion trotz des Fehlens dieser Kopfe wenig Vorwürfe machen können. Der Kampf gegen die Privilegien in der ersten Kammer sei viel notwendiger, als ein fortwährendes Nörgeln an den Männern der Regierung. Die Fraktion glaube, ihre Pflicht getan zu haben zum Wohle der Enterbten. — Die Debatte wurde auf Dienstag vertagt.

Gewerkschaftliches.

Die Aussperrung der Fernwärmer im Rößtegebirge. Die Fabrikanten der Berlinindustrie fühlten sich noch immer nicht berechtigt, die Aussperrung der Fernwärmer aufzuheben, trotzdem der Mehrzahl der Unternehmer das Messer bereits an der Kehle hing. Einige Unternehmer haben versucht, die Arbeiter zur Rückkehr zur Arbeit zu bewegen und sie haben die gewünschte Lohnherabsetzung bewilligt. Dagegen harret der übrige Teil der Industriefabrikanten noch auf eine bedeutendere Rückkehr der Fernwärmer. Die Arbeit ruht bei vollem Aufsatze, denn die Arbeiter lehnten es ab, nur bei einigen Fabrikanten die Arbeit aufzunehmen, weil die Möglichkeit besteht, daß diese dann Streikarbeit für die übrigen Betriebe liefern. Einige Industriefabrikanten hatten bereits auf die Rückkehr der Arbeiter bestimmt gerechnet und ihre Defen in Betrieb gesetzt. Die Herren hatten sich aber umnützige Ausgaben gemacht und mußten die Bewegung wieder lösen, denn die Arbeit wird nur dann aufgenommen, wenn alle Arbeiter im vollen Umfange wieder angestellt werden.

Da die Industriefabrikanten Kaufleute haben und die Arbeiter bisher amagen, ihre Waren bei denjenigen Industriefabrikanten zu kaufen, bei dem sie arbeiten, so stehen jetzt auch die Kaufleute völlig still; denn die Arbeiter können es ab, ihre Streikunterstützung zu kaufen zu fragen, von denen sie einer geringeren Lohnforderung wegen ausgespart wurden. Der eine Industriefabrikant hat sogar eine Brauerei. Die Arbeiter wurden gezwungen, ihr Bier aus dieser Brauerei zu nehmen; auch das ist seit der Aussperrung abgelehnt und so leiden die Herren auf zwei Seiten.

Es steht daher zu erwarten, daß die Aussperrung nicht mehr lange anhält, und daß die Herren die verlangte Lohnforderung bewilligen müssen.

Aus der Provinz.

Zorgau. Schwurgericht. Am gestrigen Tage begann unter dem Vorsitz des Landgerichtsdirektors Kopp die diesjährige zweite Schwurgerichtsperiode. Es wurden zwei Straftaten unterhandelt. Am ersten Tage erließen auf der Anklagebank der Mann der Unterdienungsgehalt vorgeführt 19jährige Schloffer Hermann Weidert aus Gelsenburg wegen Sittlichkeitsverbrechen. Die Verhandlung fand unter Ausschluss der Öffentlichkeit statt. Der Spruch der Schwürer lautete auf schuldig und wurde der Angeklagte zu einem Jahre Gefängnis verurteilt. In der Begründung des Urteils wurde ausgeführt, daß wegen der groben Gefährdung der Strafsicherheit und des Zeugnis des Angeklagten auf die angegebene Strafbefreiung sei. Von der Aberkennung der bürgerlichen Ehrenrechte sei abgesehen worden, weil man die Jugend und bisherige Unschuldhaftigkeit des Angeklagten berücksichtigt habe. — In der zweiten Sache wurde gegen den Schneidermeister Friedrich Strieder, gleichfalls aus Gelsenburg, wegen schwerer Urkundenfälschung verhandelt. Der bereits mehrfach darunter wegen Eigenübergehens vorbestrafte Angeklagte geriet einer Angehörigen Firma gegenüber in Zahlungsschwierigkeiten, wodurch es mehrfach zu Forderungen bei ihm kam, weil er einen Wechsel nicht einlösen in der Lage war. Um nun das Einsteilen der Forderungen zu erreichen, richtete er ein Schreiben an das Amtsgericht in Gelsenburg, in dem er angab, daß seine Schuld gegenüber der Forderungsbankfirma Amabe abgetragen sei. Die beiden Schwürer fühlte der Angeklagte einen Willkür einer Forderungsbank, auf dem er die Urkundenfälschung vorgenommen hatte, indem er aus einer eingezahlten Summe von 5 Mark 15 Mark machte. Er wollte also durch diese Art und Weise dem Amtsgericht etwas vortäuschen. Die Sache kam jedoch rechtzeitig genug ans Tageslicht und konnte der Angeklagte sich durch diese Tat einen Vermögensschaden nicht verschaffen. Strieder wurde nun vornehmlich gefänglich, so daß von der Vernehmung seiner Tochter, der einzigen Jungfrau, Abstand genommen werden konnte. In seiner überaus kurzen Anklage-

rede betonte der Staatsanwalt, daß auf eine beratungsfähige Landtagskommission, die zu Ehren des in Gelsenburg eingetroffenen französischen Präsidenten Bonicars abgeleitet wurden, hat sich ein schweres Unglück ereignet. Drei Soldaten wurden getötet; vier andere befinden sich in hoffnungslosem Zustande und vier weitere sind weniger schwer verletzt. Der Artilleriekommandant, der die Abteilung befehligte, gibt zu, daß die Artillerie, die für die folgenden Schritte bereit lagen, unvorsichtigerweise und im Gegensatz zu der Weisung hinter und in die Nähe der Stände gelangt wurden, die feuerten. Die fehlerhafte Einmündung eines abgeleiteten Geschosses wurde nach hinten geschleudert, fiel auf die Meterbefehlshaber und legte sie in Brand, wodurch eine entsetzliche Explosion herbeigeführt wurde.

Allerlei.

Kolonisatorische Sanktionsfeier.

Bei den „Salzen“, die zu Ehren des in Gelsenburg eingetroffenen französischen Präsidenten Bonicars abgeleitet wurden, hat sich ein schweres Unglück ereignet. Drei Soldaten wurden getötet; vier andere befinden sich in hoffnungslosem Zustande und vier weitere sind weniger schwer verletzt. Der Artilleriekommandant, der die Abteilung befehligte, gibt zu, daß die Artillerie, die für die folgenden Schritte bereit lagen, unvorsichtigerweise und im Gegensatz zu der Weisung hinter und in die Nähe der Stände gelangt wurden, die feuerten. Die fehlerhafte Einmündung eines abgeleiteten Geschosses wurde nach hinten geschleudert, fiel auf die Meterbefehlshaber und legte sie in Brand, wodurch eine entsetzliche Explosion herbeigeführt wurde.

Massenvergiftungen von Soldaten.

In Canada ist von 1. Bataillon des Infanterieregiments Nr. 78 etwa 200 Mann an Maffien vergiftet worden und Zurückfall erkrankt. Das Verhalten aller Erkrankten ist „zufriedenstellend“, Lebensgefahr besteht bei keinem von ihnen. Die Ursache der Erkrankungen konnte bisher „noch nicht ermittelt“ werden. Möglich ist, daß der Meißel, in dem der Kaffee bereitet wurde, schädliche Gifte angesetzt hatte.

Leipzig, 24. Juni. Die Mehrzahl der erkrankten Soldaten des Infanterieregiments Nr. 78 befindet sich auf dem Wege der Besserung. Gerüchte, daß es sich um eine Scharlachvergiftung handele, da die Soldaten am Sonntagabend Paterisierartoffeln gegessen hätten, sind bis jetzt unbestätigt.

Die Opfer der Bremer Mordtat.

Von den bei der Mordtat in der katholischen Marienstraße in Bremen schwer verletzten Kindern ist inzwischen noch eines seinen Verletzungen erlegen, so daß also bisher vier gestorben sind. Das Befinden des Lebrers Wöllmann gibt immer noch zu schweren Besorgnissen Anlaß, er dürfte kaum mit dem Leben davonkommen. Ebenso ist das Befinden der übrigen schwer verletzten Kinder sehr ernst. Nach Mitteilung der Kriminalpolizei hat der Bahnsinnige im ganzen 35 mal in die Kinderstraße hineingeschossen. Ueber die ärztliche Unternehmung im Irrenhause ist bis jetzt noch nichts bekannt.

Selbstmord eines österreichischen Oberleutnants.

In seinem Bureau im neuen Gebäude des Kriegsministeriums in Wien hat sich der 2. Abteilung des Kriegsministeriums zugeteilt gewesene Oberleutnant Johann Lebel erschossen. Er war seit vielen Jahren der 7. Abteilung zugeteilt, verheiratet und Vater von sechs Kindern. Ueber die Ursache des Selbstmordes ist man da schriftliche Aufzeichnungen nicht gefunden worden, wie an offizieller Stelle wiederholt berichtet wird, noch im unklaren. Nach der offiziellen Darstellung litt der Oberleutnant seit längerer Zeit an „Nervenleiden“. In der Bremer Wochenschrift, wo der Selbstmord großes Aufsehen erregt hat, bringt man ihn jedoch mit der Affäre des Oberleutnants Redl in Verbindung, zumal da wiederholt von bevorstehenden neuen pensionierten Entlassungen und Verhaftungen im Anschluß an den Verfall des Oberleutnants Redl die Rede war.

Eisenbahnunglück in der Serzowina.

Der der Station Prenz am Narentalfluß in der Serzowina hat sich Montag ein schweres Eisenbahnunglück ereignet. Dorthin wurde durch einen Restzug das Geleise der Bahn gestört. Die Lokomotive des Personenzuges am Rottar fuhr auf den herabgestellten Geleisen auf und entgleiste. Die an der Unfallsstelle befindliche kleine Brücke wurde abermals und stürzte in die Narenta. Der Dampfwagen des Zuges und zwei Wagen erster und zweiter Klasse wurden mitsinken und fielen ebenfalls in den Fluß. Ein dritter Wagen blieb in der Luft hängen. Der Fahrer des Zuges und der Finanzprokurator Dr. Suda, ein Vater von acht Kindern, wurden getötet, drei Personen erlitten schwere Verletzungen und mehrere andere wurden leicht verwundet.

Neinles Allerlei. Eine heftige Dynamitexplosion hat sich in der belgisch-holländischen Sprengstoffabrik in Santein (Belgien) ereignet. Zwei Arbeiter wurden dabei getötet und mehrere schwer verletzt. — Bootsunglück. Auf dem Rhein bei Duisburg kenterten zwei Boote, in denen sich fünf Arbeiter befanden. Vier Arbeiter ertranken, während der fünfte gerettet werden konnte. — Bei einem Gassenkampf im Gemeindefriedhof in Leipzig wurden durch Einstürzen einer Mauer vier Feuerwehrlente getötet und viele verletzt. — Als Begleiterscheinung eines Gemittes ereignete sich in Frankfurt (Main) eine Bombe, die durch die große Wärme ungesichert und mehrere hundert Zentner Staub abgab. Von einer Anzahl Häuser wurden die Dächer abgedeckt.

Verantwortlich für Redaktionen: Politische Literatur, Verlagsbuchhandlung Paul Hennig, Ausland, Gewerkschaftliches, Redaktion und Vermittlung Karl Fock, für Lokales und Provinziales Wilhelm Koenen. — Verleger und für die Anzeigen verantwortlich Alfred Jähmig, Schmidt in Halle. — Druck des Halleischen Anzeiger-Verlags (L. G. u. S. O.)

Solche Kinder gebeten werden, deren Erziehung und Besserung durch Heile's Kindermilch geregelt ist. Entschuldig in Apotheken und Drogerien zu Mk. 1.40; 1/2 Liter: Mk. 0.75; 1/4 Liter: Mk. 0.37. Preisveränderung auf Wunsch an jede Adresse. Heile's Kindermilch, Berlin W. 57.

Die **biogenen Ammeidner** Blusontage dauern fort.

80% Rabatt in Marken. — Leipzigerstrasse 94.

Zur Tagesordnung des Parteitag

Die Genossin Rosa Luxemburg bemerkt dazu in der 2. W. folgendes: Die vom Parteivorstand veröffentlichte Tagesordnung des diesjährigen Parteitages weist eine kaum bezeichnende Lücke auf: die Frage des preussischen Wahlrechtskampfes. Nur eine Erklärung könnte dafür herangezogen werden, nämlich der Hinweis darauf, daß der Kampf um das preussische Wahlrecht zur Kompetenz des preussischen Parteitages gehöre. Doch dieser formalistische Standpunkt läßt, abgesehen davon, daß er ja schon durch die Verhandlungen des Abgeordneter Parteitages desamoriert worden ist, auch noch die Unangenehmlichkeit, daß er unserer eigenen, wiederholt in der Öffentlichkeit vertretenen Auffassung direkt zuwiderlaufen würde. Es waren immer Regierungsdirektoren und reaktionäre Parteien, die dem Reichstag die Kompetenz in der Frage des preussischen Wahlrechts bestritten und es als „preussische Angelegenheit“ behandelt wissen wollten. Unsere Vertreter hingegen verfochten immer und mit Glücke den entgegengelegten Standpunkt. Erst jüngst haben wiederholte Vorlesungen unserer Fraktionsredner im Reichstage nach dieser Richtung das freudigste Echo in den Parteitreffen gefunden. Es ist gegenwärtig eine unbestrittene und vor allen Dingen einschneidende Tatsache, daß der Kampf um das preussische Wahlrecht zum Drehpunkt unseres gesamten politischen Lebens geworden ist, zu einem Zentralpunkt, in dem alle Fäden des Klassenkampfes in Deutschland zusammenlaufen. Es müßte demnach eigentlich als selbstverständlich erscheinen, daß unsere leitenden Instanzen der allgemeinen Stimmung und der Situation Rechnung tragen und von vornherein den preussischen Wahlrechtskampf zum Gegenstand der Verhandlungen des Genera Parteitages machen.

Dies aber noch aus besonderen Gründen. Es hat sich gegenwärtig der weitesten Kreise der Partei das Gefühl bemächtigt, daß die Wucht und die Schärfe unserer Aktion im ganzen nicht völlig auf der Höhe der Aufgabe stehen, daß die Art und Weise, wie die Millionienpartei den Provokationen der herrschenden Reaktion auf verschiedenen Gebieten begegnet, nicht ganz den großen Siege bei den Reichstagswahlen und den an ihn geknüpften Erwartungen entspricht. Der diesjährige Parteitag wird allem Anscheine nach nicht bloß die laufenden Geschäfte des Jahres in anderer Weise zu erledigen haben, er wird auch nicht minder können gewissermaßen eine Bilanz der von der Partei in den letzten Jahren angestrebten Taktik und die kritische Sichtung der in ihr geäußerten Theorien und Ansichten vorzunehmen. Das Schlagwort von der geistigen und stillen „Ernährungsstrategie“, mit dem man die abtötliche Liquidierung der 1910 begonnenen Massenaktion für das preussische Wahlrecht zu beschönigen suchte, das Schlagwort von dem „neuen Liberalismus“, mit dem man nach der Reichstagswahl trügerische Illusionen in bezug auf die Entwicklung der bürgerlichen Parteien weckte, müssen jetzt alle an der Hand des reichen Erfahrungsmaterials der letzten Jahre auf ihren Wert hin geprüft werden. Die Erfahrungen im preussischen Wahlrechtskampf sind aber die wichtigste und reichste Schatzkammer politischer Weisheit für unsere Partei wie für die Wähe des Proletariats im ganzen. Die Schicksale dieses Kampfes stellen geradezu einen Prüfstein für unsere bisherige wie für unsere künftige Taktik dar. Wie die Dinge sozialistisch liegen, ist es für alle Welt klar, daß die deutsche Sozialdemokratie zum einen dem preussischen Wahlrechtskampf die Tüchtigkeit ihrer Waffen, die Brauchbarkeit ihres Organisationsapparates für große politische Aktionen, den Wert ihrer vielgerühmten Disziplin für die Mobilisierung der Massen, mit einem Wort: ihre Fähigkeit zur politischen Offensive erweisen muß. Daß eine ernste Prüfung der im preussischen Wahlrechtskampf angewandten Taktik dringend notwendig geworden ist, beweisen neuerdings auch tatsächliche Neuwerte in der Art der französischen „revolutionären“ Bedriffe, die unter begeisteter Zustimmung der Vorwärts — offenbar dem Strohball in Baden mit dem Waffensiege in Preußen harmonisch verbunden wollen. In diese Begriffsverwirrung des fideiussorischen Exportmaterialismus wie des Zentralorgans hineinzuleuchten und die tieferen weitestgehenden Zusammenhänge des revolutionären Massenkampfes klar herauszulegen, ist die unabwendbare Aufgabe des kommenden Parteitages.

Endlich aber spricht noch eine praktische Rücksicht gewichtig für die gründliche Behandlung der preussischen Wahlrechtsfrage. Der Parteitag wird sich unter diesem Kraken auch mit den wenig erfreulichen Symptomen des Parteistandes auseinandersetzen müssen, die in der jüngsten Zeit zutage getreten sind. Das ungenügende Wachstum der Mitgliederzahl unserer Organisationen im Reich, wie namentlich der unbefriedigende Stand der Organisation im Zentrum des politischen Lebens, in Berlin — also jukt dort, wo man seit einem Jahrzehnt so ziemlich die ganze Energie und das ganze geistige Leben auf den Ausbau der Organisation gerichtet hat — ferner der schmerzliche Mangel der Abwesenheit mancher Kämpfer, wie der Vorwärts und der Dresdener Volkszeitung, — alles das sind Bedenken, die zu denken geben und an denen auch der Parteitag nicht ohne ernste Prüfung wird vorbeigehen können.

Freilich pflegen derartige Erscheinungen in der Regel Ergebnisse komplizierter und verschiedenartiger Ursachen zu sein, die auseinanderzulegen und die zugehörigen Aufgaben eingehender Erörterungen sein müßte. Allein, unter anderem gehört unseres Erachtens für eine Kampfpartei, wie die unsere, mit an erster Stelle die Frage: haben wir nicht zu einem bedeutenden Teil selbst die Ursache der Mängel verurteilt? Haben wir nicht deshalb viele im Wahlkampf neu gewonnenen Elemente des Proletariats nicht zu halten vermocht, weil in unseren Organisationen das Leben zu schwach pulsiert, weil der Mechanismus, die bürokratische Seite des Organisationsapparats, sich zu sehr ausgewendet hat und die ideale Seite, das Gedankenleben, die geistige Regsamkeit der Mitglieder erbrüht? Oder anders gefragt: haben wir nicht vielleicht deshalb Tausende von Neugewonnenen nicht dauernd an uns zu fesseln, weitere Überlebende, die uns noch fernhalten, nicht für uns zu gewinnen vermocht, weil wir keine großen Massaktionen vornehmen, weil wir die Massen nicht genügend himmelweit vertheilen, weil wir trotz aller Worte in den Wahlkämpfen oder auf dem preussischen Parteitag mit unserer Taktik im großen und ganzen nicht vorwärts kommen?

Es ist zu begreifen, daß sich viele Genossen finden, die mit einem Genossen alle diese Fragen oder weiteres mit einem glatten Nein zu beantworten magen. Ist es aber notwendig, unsere Organisationen wieder frisches Leben einzuführen, die Massen zu begeistern, dann wäre es unsere Erachtens geboten, nicht in künstlichen Mitteln oder in rein technischen Griffe, wie z. B. in der Umgestaltung der Berliner Jahreladen allein das Heilmittel zu suchen. In erster Linie wäre es notwendig, in der wichtigsten politischen Aufgabe, die vor uns steht und uns den weiteren Weg vorweist, eine fröhliche und entschlossene Initiative zu ergreifen. Wenn wir den preussischen Wahlrechtskampf aus der Verfassung, in der er liegt, durch eine freischwebende Parole zu Massaktionen bis zur letzten Konsequenz herausreißen, dann wird neues Leben rasch genug in unsere ganze Organisationsarbeit fließen. Nichts ist so geeignet, unsere Arbeit wirksam, die Meinarbeit des großen Verees unserer Agitatoren frisch und freudig zu machen, wie ein allgemeiner Kund, den die Partei ihrem Kampf gibt, wenn sie in offener Form mit Entschlossenheit auf einer großen Aktion auszieht. In einer solchen Kampferiode wird auch die Haltung unserer Parteimitglieder etwas von dem zündenden Feuer und dem fähigen Flug verpirken lassen, die allein neue Anhänger scharenweise zu gewinnen und zu fesseln in stand sind.

Eine solche aufreizende und belebende Parole im preussischen Wahlrechtskampf auszugeben, dazu ist der nächste Parteitag berufen. Er würde sich einer unersättlichen Verurteilung schuldig machen, wenn er dieser Aufgabe aus dem Wege ginge.

Verbandstag der Buchbinder.

Die zwölfte Generalversammlung des Deutschen Buchbinderverbandes wurde in der Woche vom 15. bis 21. Juni im Gewerkschaftshaus in Stuttgart abgehalten. Der gedruckt vorgelegte Geschäftsbericht machte eine längere Besprechungszeit notwendig, und die Diskussion ergab, daß man im allgemeinen mit der Tätigkeit des Vorstandes einverstanden war.

Ueber Lohnbewegungen sprach Verbandvorsitzender Alois Berlin. Er betonte eingangs: In der letzten Geschäftsjahre habe der Verband außerordentlich erfolgreich auf diesem Gebiet gearbeitet. Im Jahre 1912 wurde eine sehr große Anzahl der Tarife ablaufen, nämlich insgesamt 31 Tarife für 792 Betriebe für 18.217 Beschäftigten. Es stehe ein schwerer Kampf bevor, für den man sich rechtzeitig zu rüsten habe. In der Frage des Reichstaxtarifs wie Meider darzu sei hin, daß der Verband schon 1911 in Erfurt erklärt habe, kein Gegner des Reichstaxtarifs zu sein. Am Buchbinderkongress seien jedoch jetzt die Verhandlungen für einen Reichstaxtarif nicht vorhanden, es fehle eine Zentralorganisation der Arbeitgeber, wie sie bei den Buchdruckern bestehe. Den Drei-Städte-Tarif zu verallgemeinern, sei nicht so leicht; es befänden selbst innerhalb der drei Städte noch Sonderverträge. Wenn die Arbeitgeber einen anderen Währungsreform wollen, dann doch nur, weil sie glauben, daß er für sie günstiger sei. Durch einen ungünstigen Ablauftermin könnten für die Organisation große Schwierigkeiten entstehen; da wäre es doch wichtig, wenn man dem Verlangen der Arbeitgeber auf Verlegung des Ablauftermins ohne weiteres nachgeben würde.

Bei der Abstimmung über die vorliegenden Anträge wurde schließlich folgender Antrag angenommen: In Erwägung, daß der Drei-Städte-Tarif (Wetzlar, Gießen, Ziegenhain) die Bedeutung der Arbeiterbewegung mehr und mehr über das ganze Reich an Bedeutung gewinnt, beschließt der Verband, daß zur Erneuerung des Tarifs zu den Beratungen Vertreter aus den größeren Orten resp. aus den Bezirken hinzugezogen werden. Welche Orte resp. Bezirke teilnehmen sollen, bestimmt der Verbandsvorstand.

Mit großer Mehrheit abgelehnt wurde der Antrag Hannover, daß zur Erklärung eines Streiks eine Zweidrittelmehrheit genügen soll.

Ueber die Finanzlage des Verbandes referierte hiezu Kassierer J. H. H. Berlin. Die Entwicklung der Organisation habe eine Steigerung angenommen, die nicht ohne weiteres geklärt ist. Der Zahl der weiblichen Mitglieder habe sich enorm erhöht, sei sei heute schon höher als die der männlichen Mitglieder. So erfreulich die Dramatisierung der weiblichen Arbeitsträfte sei, müsse man diese Entwicklung doch auch mit einem klaren Auge betrachten, da die weiblichen Mitglieder die Finanzkraft des Verbandes sehr stark in Anspruch nehmen werden. Die Zeitung und Organisationsarbeiten nach Möglichkeit in Liebersteinunterstützung erbracht werden. Bis her würde jedoch für die weiblichen Mitglieder mehr angewendet, als für die männlichen entrichtet. Eine Ueberbürdung des Verbandes über die finanzielle Leistung und Belastung der einzelnen Beitragsklassen in der Zeit vom 1. Januar 1908 bis 31. Dezember 1912 nicht folgendes: Die in der ersten Beitragsklasse (Beitrag 20 Pf.) beträgt die Mehrerhebung gegenüber der Einnahme an Beiträgen 30,21 Prozent und in der zweiten Klasse (35 Pf.) 4,96 Proz. Bei den Beitragsklassen der männlichen Mitglieder werden Ueberhöfe erzielt, nämlich in der dritten Klasse (50 Pf.) 23,92 Proz. und in der vierten Klasse (Weitern ohne Anwartschaften 65 Pf.) 18,71 Proz. Der Vorstand schloß sich nach der Fragebogen zu der einzelnen Klassen sich nach dem Verdienst richtet. Die weiblichen Mitglieder sollen bei einem Bodenerwerb bis zu 12 M. zur ersten Beitragsklasse, über 12 M. Verdienst zur zweiten Klasse gehören. Die männlichen Mitglieder sollen bei einem Bodenerwerb bis zu 18 M. der zweiten Klasse angehören, über 18 M. bis 24 M. der dritten und bei einem Bodenerwerb von über 24 M. der vierten Beitragsklasse. Neben dieser Neuordnung der Beiträge unterbreitet der Vorstand noch eine Reihe anderer Vorschläge, die eine Einigung zwischen den Interessierten zu herbeiführen zur Folge hätten.

In der Debatte wandten sich die ersten Redner gegen die Vorschläge des Vorstandes, besonders gegen die Beschränkung der Unterstützungseinrichtungen. Die schriftlich vorliegenden Anträge wurden schließlich einer elfköpfigen Kommission übergeben. Bei den Bestimmungen des Statuts über Arbeitsnachweise wurde ein Antrag der Kommission angenommen, daß das Umhandeln bei vorheriger Erkundigung beim Arbeitsnachweiser nur dann gestattet ist, wenn es nicht durch Ortsstatut ganz untersagt ist. Wo paritätische Arbeitsnachweise bestehen, regelt sich die Vermittlung nach den Bestimmungen des diesbezüglichen Reglements.

In den Bestimmungen des Statuts über den Verbandstag ließen eine Reihe Anträge vor. Ihre Beratung ergab folgende Beschlüsse: Alle Anträge zum Verbandstag müssen zehn Wochen vor demselben an den Verbandsvorstand eingereicht werden und sind durch diesen sieben Wochen vorher zu veröffentlichen. In 400 (früher 300) Mitglieder haben das Recht, einen Delegierten zu entsenden. Auf jeden Gau soll mindestens ein

Delegierter entsenden, auch wenn er nicht 400 Mitglieder zählt. Um als gewählt zu gelten, genügt einfache Stimmenmehrheit. Die Bildung von Wahlbezirken ist vom Verbandsvorstand in geeigneter Weise vorzunehmen, und zwar so, daß die Anzahl der im Statut des Gaus Charrals vorhandenen Mitglieder als Grundlage genommen wird.

In namentlicher Abstimmung wurde ein Vorschlag des Vorstandes, fünf Beitragsklassen mit folgenden Sätzen einzuführen: 1. Klasse 20 Pf., 2. Klasse 30 Pf., 3. Klasse 40 Pf., 4. Klasse 50 Pf., 5. Klasse 60 Pf., — mit 45 gegen 43 Stimmen bei 3 Enthaltungen abgelehnt. In weiteren Abstimmungen wird mit großer Mehrheit beschlossen, den Beitrag in der 1. Klasse auf 20 Pf. zu belassen. Mit 65 gegen 23 Stimmen wurde jedoch der Vorschlag der Kommission, für die 2. Klasse 40 Pf. festzusetzen, abgelehnt. Damit war jede Beitragserhöhung verworfen.

Die ganze Beitragsfrage wurde schließlich nochmals an die Kommission zurückverwiesen. Erst nach der Kommission vor, fünf Beitragsklassen in folgender Weise einzuführen: Klasse 1 20 Pf., Klasse 2 25 Pf., Klasse 3 35 Pf., Klasse 4 50 Pf., Klasse 5 80 Pf. Gegenüber den jetzigen Beiträgen bedeutet dies lediglich den Unterschied, daß zwischen der ersten und zweiten Klasse eine 25-Pf.-Klasse eingeschoben wird. Die weiblichen Mitglieder können nur in den drei ersten Klassen feuern. Die Verdienstergebnisse soll festgesetzt werden, für Klasse 1 bis 8 M., Wochenverdienst, Klasse 2 bis 12 M., Klasse 3 bis 15 M., Klasse 4 bis 15 bis 24 M., und Klasse 5 über 24 M.

Diese Vorschläge der Kommission landen schließlich nach weiteren Erörterungen gegenwärtige Entwürfe angenommen. Die Zustimmung des Verbandstages fand eine Vorlage des Vorstandes über die Einführung einer allgemeinen Versicherung der Funktionäre gegen Unfälle bei der Tätigkeit für die Organisation. Es wird Krankenunterstützung, Anwaltsunterstützung, Sterbegeld und Witwenunterstützung gewährt.

Der Punkt Gewerkschaften, Genossenschaften und Volksfürsorge wurde von der Tagesordnung abgesetzt und lediglich die vom Referenten Michaelis hierzu vorgelegte Resolution einstimmig angenommen. In dieser wird anerkannt, daß die Gewerkschaftsarbeit durch die Genossenschaftsarbeit unterstützt werden sollte, es wird ferner die Erwartung ausgesprochen, daß die Mitglieder der Volksfürsorge durch alleinstehenden Eintritt fördern.

Eine vorgeschlagene Neuordnung (Erhöhung) der Gehälter der Angestellten lehnte der Verbandstag mit 48 gegen 24 Stimmen bei 10 Enthaltungen ab. Der Verbandstag wählte dann eine Kommission von 11 Mitgliedern, die in Gemeinschaft mit dem Verbandsvorstand vor dem nächsten Verbandstag die zum Statut eingehenden Anträge beraten soll.

Der Verbandsvorstand bleibt in Berlin. Die beabsichtigten Verbandsbeamten wurden wiedergewählt. Aufschubvorstehender bleibt der Gau an der Spitze.

Damit waren die Arbeiten des Verbandstages beendet. Der nächste findet 1916 in Düsseldorf statt.

Verbandstag der Metallarbeiter.

Wreslau, den 21. Juni 1913.
Schärer Verhandlungstag.

Die Verhandlungen begannen morgens 8 Uhr. Es wird ein Antrag gestellt, den Teil des Statuts, der bis jetzt noch nicht erörtert ist, im ganzen anzunehmen. Es wird beschlossen, daß die Verhandlungen der Statutenberatungskommission im ganzen über die wichtigsten noch ausstehenden Änderungen gesprochen werden solle. Dies wird durch die Generalversammlung genehmigt.

Die Paragraphen 15 bis 22, die Streit- und Maßregelungsunterstützung, Medischaft, Rechtsanträge an den Verband, persönliche Streitigkeiten, Schiedsgericht, Beendigung der Mitgliedschaft und Ausschluss behandeln, bleiben die alten.

Die Abstimmungen erfolgen ohne Diskussion. Der Paragraph 23 erhält eine Anzahl kleinerer Korrekturen. Die Paragraphen 24 bis 34 bleiben unanändert bis des alten Statutes.

In Paragraph 35 liegt folgender Antrag vor: Die Generalversammlung wird ersucht, an Stelle des heute bestehenden Wahlmodus ein mehr zeitgemäßes Wahlmodus für die Delegiertenwahl setzen zu wollen. Der Bescheid der Kommission lautet dahin, den Antrag dem Vorstande als Material zur Prüfung und eventueller Ausarbeitung einer Vorlage oder Wiederherstellung an die nächste Generalversammlung zu übermitteln. Es wird beschlossen, die Ansicht ist, daß das Wahlsystem zu den Generalversammlungen reformbedürftig ist. Die Kommission konnte jedoch zu einem praktischen Änderungsvorschlag nicht kommen, da ihr zur Ausarbeitung eines solchen alle Grundlagen fehlten.

Die Generalversammlung beschließt, sich den Beschlüssen anzuschließen.

Die Paragraphen 36 bis 38 bleiben unanändert. Der Paragraph 39, der bestimmt, daß das neue Statut am 1. Juli dieses Jahres in Kraft zu treten hat, wird angenommen.

Die Abstimmung über das Gesamtstatut ergibt die Annahme gegen eine Stimme.

Zum internationalen Metallarbeiterkongress in Berlin sollen diesmal mehr Delegierte entsandt werden als sonst.

Es wird beschlossen, auf den internationalen Sozialistenkongress drei Delegierte zu entsenden, gewählt werden Schilde, Stuttgart, Cohen, Berlin und Brande, Wuppertal.

Die Statutenkommission werden gewählt vom Bezirk 1. Semann-Königsberg, 2. Hilbner-Görlitz, 3. Paplowitz-Berlin, 4. Hirtel-Berlin, 5. Striesler-Dannover, 6. Garbe-Mel, 7. Jäder-Düsseldorf, 8. Metz-Frankfurt a. M., 9. Sauer-Karlsruhe, 10. Umrath-Würzburg und 11. Sauer-Berlin.

Die Beschlüsse werden angenommen, daß der Metallarbeiterverband sich mit der Frage der Einführung der Anwaltsunterstützung beschäftigen soll, werden abgelehnt. Zwei Anträge, die betrafen, daß der Metallarbeiterverband sich mit der nächsten Generalversammlung wird abgelehnt.

Die alle Verbandsleitung wird wiedergewählt. Schilde als erster Vorstehender, Hirtel als zweiter Vorstehender, Metz als Kassierer und Paplowitz als Sekretär.

Der Sig des Ausschusses bleibt Frankfurt am Main, die Kommission bleibt die alte.

Die Redaktion bleibt in den Händen von Scherm und Witt.

Die folgende Resolution wird ohne Diskussion angenommen. In Uebereinstimmung mit den von der Generalversammlung in Mannheim beschlossenen Antrag an den Gewerkschaftskongress in Dresden betrachtet die erste ordentliche Generalversammlung das Umlegen der Statuten zur Ausbringung von Mitteln zur Unterstützung von Streiks und Beschlüssen für den besten Ausbau und Ausbau des Verbandes, daß er in den Vorstandsvorsitzungen der des

berpflichtet, unpünktliche Wochnungen den Kreisleistungen zu melden.

Beide Resolutionen wurden nach längerer sachlicher Aussprache einstimmig angenommen.

Gegen die rechtliche Prüfung der Zeitung wurden Beschlüsse in der Beschlusseinstimmung nicht laut. Einigen wurde von Wölfen darüber Bescheid gegeben, daß das Volksblatt und die Zeitschriften zu spät zugehten.

In dem am 5. Oktober in Halle stattfindenden Bezirkskongress wurde ein Antrag angenommen, wonach die Ortsvereine die Wahl der Delegierten zum Bezirksrat selbst vorzunehmen haben.

Ueber den Parteitag referierte auch kurz der Genosse Naute, der darauf hinwies, daß vor allem die Steuerfrage, der Imperialismus und Militarismus zur Debatte stehen würden.

Der Parteitag referierte auch kurz der Genosse Naute, der darauf hinwies, daß vor allem die Steuerfrage, der Imperialismus und Militarismus zur Debatte stehen würden.

Der Parteitag referierte auch kurz der Genosse Naute, der darauf hinwies, daß vor allem die Steuerfrage, der Imperialismus und Militarismus zur Debatte stehen würden.

Der Parteitag referierte auch kurz der Genosse Naute, der darauf hinwies, daß vor allem die Steuerfrage, der Imperialismus und Militarismus zur Debatte stehen würden.

Der Parteitag referierte auch kurz der Genosse Naute, der darauf hinwies, daß vor allem die Steuerfrage, der Imperialismus und Militarismus zur Debatte stehen würden.

Damit waren die Arbeiten des Kreisrates erledigt. Der Vorsitzende hob in feierlichen Worten nochmals die Leistungen der Zeitung zusammen, und dann wurde mit einem begeistert aufgenommenen Gedächtnis an die internationalen, völkervereinigenden Sozialdemokratie der Kreisrat geschlossen.

Merseburg. Heute früh 4 Uhr erlangte sich hier bei der Erholungsstelle befindliche Schriftsetzer Fenne auf Berlin. Er war einer Zeitschrift überwiegen und wollte bei dieser Gelegenheit seine Schwester mit besuchen.

Kartmannsdorf. Parteiverammlung. Der Bezirksrat hielt am 15. Juni die diesjährige Generalversammlung ab. Nachdem Genosse Böttger den Jahresbericht gegeben hatte, der von der Versammlung genehmigt wurde, wurden die Neuwahlen der Bezirksleitung vorgenommen.

Sangerhausen. In Lebensarbeit arbeitete am Sonntag morgen ein Schaffner des hier von 5 Uhr nach Halle abfahrenden Zuges. Er wollte auf den schon in Halle befindlichen Zug aufsteigen, verfehlte aber das Trittbrett und stürzte ab.

— Er suchte die Freiheit. In der Nacht zum Montag wurde von der Polizei ein Häftlingsgefangener, der ein mal der Anstalt Geboht (Bezirk Magdeburg a. S.) entwichen war. Er wurde der Anstalt wieder zurückgeführt.

Notha. Unter Vergiftungserscheinungen verstarb im hiesigen Krankenhaus ein Väterchen eines Leutenbergs. Der Verlebte hatte sich vor kurzem einen Zahn schmerzlos ziehen lassen. Dabei soll das Natrium in ein Johnsonsches gerathen sein. Die Leiche wurde von der Staatsanwaltschaft bestattungslos.

Rühbura. Arbeiterverein oder Gewerkschaft? Es ist eine belarnte Tatsache, daß seit dem enormen Anstiege der Gewerkschaftsbewegung, die Arbeitervereine resp. der Arbeiterzweige betrübt sind, namentlich in den ländlichen Orten. Die Unterhaltungsvereine innerhalb ihrer Vereine anzuknüpfen, um der Gewerkschaftsbewegung nach Möglichkeit einen Damm entgegenzusetzen.

Ausgleich will der Versuch nicht immer gelingen, da für derartige Unterhaltungen, die doch Geld erfordern, bei den so genannten erflüssigen Kriegern selten die nötige Sympathie vorhanden ist. Doch ist dies ja nichts weiter, als ein Gebot

der Notwendigkeit, um damit die rückständigen Arbeiter in ihren Arbeitervereinen festzuhalten und, nach die Dampfschiffe, diese vor der alles vergeblichen Wästelbewegung zu bewahren. Dies ist lediglich der Zweck der bürgerlichen Unterhaltungsvereine. Um nun den Arbeitern zu zeigen, daß diese Einwirkung der Arbeitervereine nur Mittel zum Zweck ist, diese folgender Fall: Der 43jährige Arbeiter Gd., nach kürzlich an den Folgen eines Schlaganfalls, ist verstorben. Seine Hinterbliebenen sind ein Weib und zwei Kinder. Der Verstorbene hinterließ ein Vermögen von 100 Mark. Die Angehörigen hatten demnach Anspruch auf 80 Mark Sterbeunterstützung. Davon wurden gegen 18 Mark für den Leichenwagen abgezogen und noch eine Summe für rückständige Beiträge. Die Frau des Verstorbenen erhielt 100 Mark ausgezahlt. Der Arbeiterverein bezug auf Unterstützung durch die Arbeitervereine gegenüber ihrer Gewerkschaft stets im Nachteil sind. Aber nichtsdestoweniger wird den Arbeitern in den Arbeitervereinen erzählt von der hohen Unterstützung und von sonstigen Vorteilen, die sie angeblich genießen. Der angeführte Fall beweist allerdings wieder mal das Gegenteil.

Wenn auch der hiesige Arbeiterverein wirklich keinen Grund hat, über Arbeiterzweige zu klagen, so ist es doch Tatsache, daß gerade die Arbeitervereine, bestehend aus so organisiert, dem Arbeiterverein noch am meisten nachzulaufen. Daß die Arbeiter in den Arbeitervereinen eine Rolle zu spielen gewöhnen sind, die im Widerstreit mit ihren eigenen Interessen steht, sollte doch endlich auch dem höchsten Arbeiterat. bald klar sein. Denn nur solche Arbeiter, die an Denkart und Arbeitervereine leben, können dabei auf ihre Rechnung und fühlen sich „gehoben“, wenn bei Festlichkeiten die „Vorgesetzten“ mit dem schönen Wort „Kamerad“ umbringen. Lebenden Arbeitern kann dies nicht passieren, sie haben sich zum Klassenbewußtsein durchgerungen.

Esferwerde. Kartellbildung. Nach Verlesen der Beschlüsse wurde in die Tagesordnung eingetreten. Unter dem Eingänge befand sich ein Schreiben von Kartell, wodurch, das eine kombinierte Sitzung der Kartelle Müllberg, Esferwerde und Wörlitz vorgeschlagen. Der Zweck soll sein eine Stellungnahme zu den stattfindenden Wahlen zu den Gewerkschaften und Arbeitervereinen. Das Kartell erklärte sich mit dem Vorschlage einverstanden. Nachdem ab Genosse Richter den Bericht über die Konferenzen in Sangerhausen. Die amnestierten Genossen waren damit einverstanden, daß ein Sekretariat zur Vertretung beim Arbeitervereinskongress in Merseburg eingerichtet wird. Die Wählung der Konferenzen, die stattfinden werden, wurde auch finanziellen Gründen abgelehnt. Das Gewerkschaftsamt soll den 18. Juli stattfinden. Zu den Vorbereitungen wurde eine fünfzehnerige Kommission gewählt. Im Punkt Verlesenes wurden noch einige kleine Angelegenheiten erledigt, worauf die Sitzung geschlossen wurde.

Advertisement for Persil washing powder. Text: 'Sie bilden sich ein neue Wäsche zu sehen, wenn Sie sie mit Persil gewaschen haben...'. Includes an illustration of a woman washing clothes.

Advertisement for Gemeinshaftl. Orts-Krankenkasse. Text: 'Alle Sorten Tische, Stühle, Schränke, Vertikos, Spiegel...'. Includes a list of items and prices.

Advertisement for Sozialdemokrat. Verein Bitterfeld. Text: 'Im Sonntag früh verstarb nach langer, schwerer Krankheit unser Mitglied, der Former Friedrich Bock...'. Lists names of board members.

Advertisement for Frele Turner, Bitterfeld. Text: 'Im Sonntag früh verstarb unter Turgenoff, der Former Friedrich Bock...'. Lists name of board member.

Advertisement for Merseburg. Text: 'Großer Schuhwaren-Ausverkauf...'. Lists various shoe brands and prices.

Advertisement for Volkspark. Text: 'Sie speisen gut, appetitlich und preiswert im eigenen Heim der Halleschen Arbeiterschule...'. Promotes a canteen.

Advertisement for Arbeitsmarkt. Text: 'Für Kanada wird zahlreiche tüchtige Kohlenhauer, Schläpper, Tagelöhner...'. Lists job opportunities.

Advertisement for Ausflüge! Text: 'Spezialkarte des Saalkreises Preis 20 Wfr. Stadtkarten in verschiedenen Preislagen...'. Promotes travel services.

Large advertisement for Das Gewerkschaftsfest in Halle. Text: 'Das Gewerkschaftsfest in Halle findet am 6. Juli statt.' Includes logos for Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt and DFG.